

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2021

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Kommission: Rede zur Lage der Union .....	1
EU-Parlament: Entschließung zu den Rechten von LGBTIQ-Familien .....	1
EuGH: Urteil über subsidiären Schutz für Angehörige von Minderjährigen .....	1
EU: Internationale Hilfen für Demokratie und Menschenrechte .....	2
EWSA: Öffentliche Anhörung der Gruppe für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>2</b>
Schweiz: Volksabstimmung bestätigt Ehe für alle .....	2
Großbritannien: Armut bei Familien mit Kleinkindern angestiegen .....	3
Großbritannien: Recht auf flexible Arbeitsmodelle geplant .....	3
Belgien: Familienorganisation ruft zur Umsetzung kostenloser Bildung auf .....	3
Dänemark: Verpflichtung von Migrant:innen zu Arbeit .....	4
Ungarn: Demographie-Gipfel.....	4
Portugal: Kostenlose Betreuung für einkommensschwache Familien .....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
COFACE: Strategie für pflegende Angehörige benötigt.....	4
DLEARN: Untersuchung zu Beschäftigungsbarrieren für Menschen mit Behinderungen .....	5
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>5</b>
COFACE: Ergebnisse des Expert:innentreffens zu Familien in vulnerablen Situationen .....	5
UN: Berichte zu den Rechten älterer Menschen.....	5
EPIC: Bericht über die Gesundheitsversorgung wohnungsloser Kinder und Jugendlicher.....	6
DigiGen: Daten und Empfehlungen zur digitalen Ungleichheit von Kindern und Jugendlichen .....	6
ESPN: Sozialpolitische Reaktionen auf die Coronakrise .....	7
OECD: Vergleichende Berichte zur Bildung weltweit.....	7
OECD: Politische Empfehlungen für die Wohnungspolitik.....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>



## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Rede zur Lage der Union

Ursula von der Leyen hat die jährliche Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der Europäischen Union gehalten. Darin betonte sie, dass die EU im weltweiten Vergleich eine Vorreiterrolle in der Pandemiebekämpfung gehabt habe. Es sei nun die Aufgabe der Union, den Impffortschritt weltweit und innerhalb der EU voranzubringen. Langfristig müsse die Reaktionsfähigkeit der EU auf gesundheitliche Krisen gestärkt werden. Dazu schlägt die Kommission eine neue Krisenvorsorge- und Resilienzmission vor, die bis zum Jahr 2027 mit 50 Milliarden Euro finanziert werden soll. Das Programm zur Erholung der Wirtschaft nach der Coronakrise NextGenerationEU bewertete sie als erfolgreich und kündigte an, die ausgesetzten Überprüfungen der Wirtschaftspolitik wieder aufzunehmen. Eine weitere Priorität sei die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Für bessere Arbeitsbedingungen, eine bessere Work-Life-Balance und bessere Versorgung im Bereich der Pflege sei eine neue europäische Strategie für Pflege und Betreuung geplant. Für junge Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist ein Austauschprogramm geplant, das bei der Berufsorientierung unterstützen soll. Weitere wichtige Themen für das kommende Jahr seien der Klimaschutz und die Digitalisierung.

- [Rede zur Lage der Union 2021](#)

### EU-Parlament: EntschlieÙung zu den Rechten von LGBTQI-Familien

Das EU-Parlament hat eine EntschlieÙung angenommen, die die Rechte von LGBTQI-Familien stärken soll. Sie betrifft vor allem die Freizügigkeit von Bürger:innen, die in homosexuellen Beziehungen leben und ihre Familien. In der EntschlieÙung wird gefordert, dass gleichgeschlechtliche Ehen und eingetragene Partnerschaften in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Alle Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bei Eltern gleichen Geschlechts beide Elternteile rechtlich anzuerkennen und in Dokumenten wie zum Beispiel Geburtsurkunden aufzuführen. Familienzusammenführungen sollen bei gleichgeschlechtlichen Partner:innen ebenso ermöglicht werden wie bei heterosexuellen Partner:innen und die Nationalität der Kinder müsse ebenso gleich geregelt werden. Insgesamt sollten gleichgeschlechtliche Ehe- und Lebenspartner:innen in jeder Hinsicht so behandelt werden, wie es die Ehegatten-Bestimmungen der Freizügigkeitsrichtlinie vorsehen.

- [EntschlieÙung des EU-Parlaments zu Rechten von LGBTQI-Personen in der EU](#)

### EuGH: Urteil über subsidiären Schutz für Angehörige von Minderjährigen

Der Europäische Gerichtshof hat geurteilt, dass Eltern minderjähriger, unter subsidiärem Schutz stehender Personen, auch mit einem zunächst formlosen Antrag wirksamen Schutz beantragen können. Das Bundesverwaltungsgericht Deutschlands hatte im Fall eines afghanischen Staatsangehörigen um Klärung gebeten. Sein Antrag auf subsidiären Schutz wurde von den deutschen Behörden zunächst abgelehnt, da der förmliche Asylantrag erst nach dem Erreichen der Volljährigkeit seines Sohnes gestellt wurde. Bevor der Sohn sein 18. Lebensjahr erreicht hatte, war jedoch schon ein formloser Antrag gestellt worden. Der EuGH stellte klar, dass nach Unionsrecht bereits dieser erste formlose Antrag zu berücksichtigen sei, zu dessen Zeitpunkt die Bedingungen für Familienangehörige minderjähriger Schutzberechtigter erfüllt waren. Weitere Bedingungen, die in diesem Fall erfüllt waren, seien die Antragstellung des betreffenden Kindes und der Aufenthalt von Kind und Elternteil in Deutschland vor dem Erreichen der Volljährigkeit. Die Aufnahme eines gemeinsamen Familienlebens dürfe nicht

als Bedingung der Gewährung des Schutzes für Eltern herangezogen werden. Der Schutzstatus dürfe ihnen außerdem nicht mit dem Erreichen der Volljährigkeit ihrer schutzberechtigten Kinder aberkannt werden.

## EU: Internationale Hilfen für Demokratie und Menschenrechte

Anlässlich der internationalen Demokratiewoche hat die EU angekündigt, zur Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten weltweit knapp 120 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die internationale Demokratiewoche wird jährlich von der European Partnership for Democracy veranstaltet, der 18 Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Demokratie angehören. Die diesjährige Aktionswoche stand unter dem Motto „Stärker gemeinsam: Partnerschaften zur Unterstützung der Demokratie“. Die EU hat fünf Maßnahmen angekündigt, mit denen sie zu diesen internationalen Partnerschaften beitragen will. Unterstützung erhalten sollen die Allianz für Demokratieförderung, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, zivilgesellschaftliche Organisationen in 116 Partnerländern, Menschenrechtsorganisationen in Kriegsgebieten und der Global Campus of Human Rights.

- [EU-Kommission: Erklärung zum Internationalen Tag der Demokratie](#)
- [Democracy Week 2021](#) 

## EWSA: Öffentliche Anhörung der Gruppe für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die Themengruppe für die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hat eine öffentliche Anhörung zum Thema De-Institutionalisierung veranstaltet. De-Institutionalisierung beschreibt den Übergang von der Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in Institutionen zu ihrer Inklusion in die Gesellschaft. Dazu gehört die selbstbestimmte Wahl aus verschiedenen Wohnformen wie dem Zusammenleben in der Familie oder in Wohngemeinschaften. Die De-Institutionalisierung wird als Grundlage einer selbstbestimmten Lebensführung und umfassender Partizipation angesehen, die in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben sind. Im März dieses Jahres hat die EU mit ihrer neuen Strategie zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen ihre Inklusionspolitik erstmals explizit von einer Menschenrechtsperspektive aus geplant. Die Themengruppe für die Rechte von Menschen mit Behinderungen setzt sich für eine umfassende Implementierung der Strategie ein. Die öffentliche Anhörung hat Perspektiven verschiedener zivilgesellschaftlicher und institutioneller Akteur:innen zusammengebracht und sollte einen Beitrag leisten, die praktischen Herausforderungen des Übergangs in ein selbstbestimmtes Leben zu diskutieren.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Schweiz: Volksabstimmung bestätigt Ehe für alle

Die Schweizer:innen haben in einer Volksabstimmung mit deutlicher Mehrheit entschieden, dass die Ehe für alle in der Schweiz eingeführt werden soll. 64,1 Prozent der Stimmberechtigten stimmten dafür, dass homosexuelle Paare in der Schweiz künftig heiraten dürfen. Die Gesetzesänderung war bereits im Juni 2020 vom Parlament beschlossen worden. Das Gesetz sieht außerdem vor, das Recht auf Adoption für gleichgeschlechtliche Paare und das Recht auf künstliche Befruchtung für lesbische Frauen festzuschreiben. In der bisher für homosexuelle Paare

möglichen eingetragenen Lebenspartnerschaft galten diese Regelungen nicht. Auch bei der Einbürgerung von Partner:innen war die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe nicht gleichgestellt.

### Großbritannien: Armut bei Familien mit Kleinkindern angestiegen

Der Anteil von Familien mit Kleinkindern, die unter der Armutsgrenze leben, hat sich in Großbritannien deutlich erhöht. Jedes dritte Kind, das in einer Familie mit Kleinkindern lebt, wächst in Armut auf. Seit dem Jahr 2013 ist der Anteil armer Familien stetig angestiegen, so eine Studie der britischen Nuffield Foundation. Die Studie ist in der Serie „The changing face of early childhood in the UK“ erschienen, die Untersuchungen zu verschiedenen Lebensbereichen in der frühen Kindheit enthält. Dieser Anstieg ist bei Familien, in denen mindestens ein Elternteil in Teilzeit arbeitet, genauso groß wie in Familien mit arbeitslosen Eltern. Verstärkt betroffen sind Familien, in denen ein Kind oder Erwachsener eine Behinderung hat. Der Bericht geht davon aus, dass die Belastung von Familien, in denen ein Mitglied eine Behinderung hat, in den Daten noch unterschätzt wird. So werde allein das Familieneinkommen betrachtet und die erhöhten Lebenshaltungskosten von Menschen mit Behinderungen nicht berücksichtigt. Überdurchschnittlich betroffen sind auch Familien mit einem Migrationshintergrund. In England und Wales ist die Kinderarmut höher als in Schottland und Nordirland.

- [Changing patterns of poverty in early childhood](#)  

### Großbritannien: Recht auf flexible Arbeitsmodelle geplant

Die britische Regierung hat angekündigt, ein Recht auf flexible Arbeitszeit und günstigere Bedingungen für pflegende Angehörige einzuführen. Arbeitnehmer:innen sollen vom ersten Tag ihrer Beschäftigung das Recht haben, flexible Arbeitsmodelle zu beantragen. Auch eine einwöchige unbezahlte Freistellung für pflegende Angehörige soll ab dem Zeitpunkt der Einstellung gewährt werden. Die flexible Gestaltung der Arbeit beschränke sich nicht auf Home-Office-Regelungen, sondern könne Job-Sharing-Modelle, Arbeitszeitkonten und Altersteilzeit umfassen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Familien, Eltern und speziell Väter einsetzen, fordern weitreichendere Reformen. Um eine geschlechtergerechte Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit zu erreichen, müssten Arbeitsbedingungen insgesamt flexibler und familienfreundlicher gestaltet werden.

### Belgien: Familienorganisation ruft zur Umsetzung kostenloser Bildung auf

Die belgische Familienorganisation Ligue des Familles ruft zu Beginn eines jeden neuen Schuljahres dazu auf, einen kostenlosen Zugang zu Bildung politisch wirksam umzusetzen. Im belgischen Schulgesetz ist verankert, dass keine direkten oder indirekten Gebühren für die Schulbildung erhoben werden dürfen. Über staatliche Zuschüsse und Stiftungen sollen Schulen ausreichend finanzielle Mittel erhalten, um Lehrmaterialien und Bücher für alle schulpflichtigen Kinder zur Verfügung stellen zu können. In der Realität zahlen Eltern einen Großteil der erforderlichen Materialien, Sportkleidung, Ausflüge und Klassenfahrten. Um darauf aufmerksam zu machen, hat die Ligue des Familles qualitative Interviews geführt und ausgewertet. Sie können zwar nicht die jährlichen Ausgaben von Familien quantifizieren, sollen aber die Lebenssituation von Familien verständlich machen, die durch Kosten für die Schulbildung ihrer Kinder in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Regierung wird aufgefordert, die Finanzierung der Schulen zu verbessern und ein größeres Bewusstsein für die Belastung von Familien beim Schulpersonal zu schaffen. Auch die Betreuung in Kita und Ganztagschule müsse vollkommen kostenfrei werden. Auch derzeit bestehende freiwillige Beiträge von Eltern sollten abgeschafft werden, da diese Druck erzeugten,

etwas beizusteuern. Außerdem verstärke die zusätzliche Finanzierung über Elternbeiträge die Qualitätsunterschiede zwischen Schulen in unterschiedlich einkommensstarken Gegenden.

### Dänemark: Verpflichtung von Migrant:innen zu Arbeit

Die dänische Regierung plant, den Anspruch auf Sozialleistungen für Migrant:innen an einen unbezahlten Arbeitsdienst zu knüpfen. Die neue Regelung soll zunächst nur für Migrant:innen eingeführt werden, die seit mehr als drei Jahren Sozialleistungen beziehen, geringe Dänischkenntnisse und einen niedrigen Bildungsgrad besitzen. Mindestens 37 Stunden in der Woche sollen sie für Hilfsarbeiten in Unternehmen oder bei der Stadtreinigung eingesetzt werden. Die Ministerpräsidentin Dänemarks gab an, mit dieser Maßnahme die Integration fördern und insbesondere die Erwerbsquote von Frauen steigern zu wollen.

### Ungarn: Demographie-Gipfel

Seit dem Jahr 2015 richtet die ungarische Regierung alle zwei Jahre den sogenannten Demographie-Gipfel aus. Dort werden politische Pläne diskutiert, ein traditionelles Familienbild zu stärken. Als Bedrohungen für dieses Lebensmodell werden Migration und queere Lebensformen eingestuft. Die Durchsetzung von LGBTQI-Rechten und die sogenannte „Gender-Ideologie“ wurden als Strategien linker politischer Kräfte dargestellt, um christlich-konservative Werte und die traditionelle Familie anzugreifen. Zu Gast waren konservative und rechte Politiker:innen, darunter der ehemalige Stellvertreter Donald Trumps, Mike Pence. Er lobte Ungarns familienfreundliche Politik, da starke Familien starke Nationen ausmachten.

### Portugal: Kostenlose Betreuung für einkommensschwache Familien

Die portugiesische Regierung hat beschlossen, Angebote der frühkindlichen Betreuung und Bildung für einkommensschwache Familien kostenlos zur Verfügung zu stellen. Berechtig sind Familien, deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte eines Gehalts mit dem Mindestlohn in Portugal beträgt. Die neue Regelung wird voraussichtlich 35.000 Kindern zugute kommen. 17 Prozent der Kinder in Portugal wachsen in Armut auf, davon leben 34 Prozent in Familien mit drei oder mehr Kindern.

## Weitere Nachrichten

---

### COFACE: Strategie für pflegende Angehörige benötigt

COFACE Families Europe begrüßt die Ankündigung der Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union, Menschen in Pflegeberufen mit der neuen EU-Pflegestrategie verstärkt unterstützen zu wollen. Die Organisation betont jedoch, dass auch für pflegende Angehörige eine europäische Strategie benötigt werde. Menschen mit Behinderungen würden zu einem großen Anteil von Angehörigen gepflegt. Diese Gruppe Pfleger:innen bräuchte zunächst öffentliche Anerkennung, da ihre Anliegen politisch zu wenig vertreten würden. Entsprechend fehle es für sie an garantierten sozialen Rechten wie ausreichender finanzieller Ausgleiche, Rentenansprüchen und Urlaubszeiten. Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine Studie über pflegende Angehörige durchzuführen, um eine ausreichende Datenbasis für politische Schritte zu schaffen. Die geforderte Strategie solle die Rechte von Menschen mit Behinderungen achten, wie sie in der UN-Konvention und der EU-Strategie festgeschrieben sind.

Sie müsse außerdem den Ausgleich der Gender-Care-Gap fördern und eine Lebensverlaufsperspektive einnehmen. Das bedeute, die Auswirkungen der häuslichen Pflege auf Ausbildungsschancen, berufliche Perspektiven und Rentenansprüche einzubeziehen. Die Organisation verweist auf ihre Charta für pflegende Angehörige, in der diese Forderungen ausführlich dargestellt sind.

- [COFACE: European Charter for Family Carers](#)  

## DLEARN: Untersuchung zu Beschäftigungsbarrieren für Menschen mit Behinderungen

Das europäische Netzwerk für digitales Lernen (DLEARN) untersucht aktuell in einer Studie, mit welchen Barrieren Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert werden. In der EU sind aktuell rund 50 Prozent der Menschen mit Behinderungen gegenüber 75 Prozent der Menschen ohne Behinderungen erwerbstätig. Ziel der qualitativen Studie ist es, herauszufinden, inwiefern digitale Technologien neue Barrieren zur Teilhabe schaffen, wie sie gestaltet sein müssen, um Partizipation auch am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und wie die Digitalisierung dazu beitragen kann, die Unterschiede in der Erwerbsquote zu verringern. Befragt werden sollen Arbeitgeber zu ihren Ansichten bezüglich der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sowie der Kosten und Nutzen für die Betriebe. Menschen mit Behinderungen werden zu ihren Erfahrungen, den hauptsächlichen Hürden bei der Jobsuche und der eigenen Wahrnehmung ihrer Beschäftigungsfähigkeit befragt. Expert:innen und Fachkräfte in der Pflege werden zur Effektivität der EU-Politik, zu Good Practices und Empfehlungen für die Erwerbsintegration von Menschen mit Behinderungen befragt. Der Fragebogen steht in 23 europäischen Sprachen zur Verfügung.

- [Umfrage zu den Barrieren der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen](#)

## Berichte und Studien

---

### COFACE: Ergebnisse des Expert:innentreffens zu Familien in vulnerablen Situationen

COFACE Families Europe hat im Oktober letzten Jahres ein Expert:innentreffen zu Familien in vulnerablen Situationen veranstaltet und nun einen Bericht mit den Hauptergebnissen der Veranstaltung veröffentlicht. Darin wird dargestellt, dass vor allem Familien mit alleinerziehenden Eltern und Familien mit vielen Kindern vulnerabel für Armut und soziale Exklusion sind. Über die komplexen Problemlagen von Familien in vulnerablen Situation müssten umfassendere Daten erhoben werden. Es zeige sich zwar, dass universelle Leistungen wie kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung sowie Mindestlöhne betroffenen Familien helfen. Es bestünden jedoch auch Zugangsbarrieren durch Verständnisschwierigkeiten und administrativen Aufwand. Die Ungleichheiten in der gesellschaftlichen Teilhabe müssten zudem gezielter verringert werden. Das sei mit datengestützter Familienpolitik möglich, die auf die Bedürfnisse von Familien in vulnerablen Situationen zugeschnitten ist.




- [Families in Vulnerable Situations. From Challenges to Solutions](#)  

### UN: Berichte zu den Rechten älterer Menschen

Das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte der UN (OHCHR) hat eine Aktualisierung seiner Analyse zum internationalen Menschenrecht für ältere Menschen herausgegeben. Der Bericht des OHCHR sieht international

im Vergleich zur früheren Version der Analyse aus dem Jahr 2012 keinen bedeutenden Fortschritt. Weiterhin fehle eine systematische Betrachtung der Lebensumstände älterer Menschen und der Mechanismen von Altersdiskriminierung in den Menschenrechtsverträgen der UN. Diese konzeptuellen Lücken führten dazu, dass die Umsetzung der Menschenrechte Älterer nicht konsistent anhand klarer Standards umgesetzt werden können.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine Zusammenfassung des UN-Berichts über die Rechte älterer Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2019 veröffentlicht. Neben einem Überblick der Ergebnisse zur Situation weltweit wird die Lage in Deutschland skizziert. Der Bericht zeigt auf, dass die Wechselwirkungen von hohem Alter und Behinderung eine besondere Schutzbedürftigkeit dieser Gruppe bewirken.

- [OHCHR: Aktualisierung der Studie zum internationalen Menschenrecht für ältere Menschen](#) 
- [DIMR: Die Rechte älterer Menschen mit Behinderungen](#) 
- [Bericht der UN-Sonderberichterstatteerin über die Rechte älterer Menschen mit Behinderungen \(2019\)](#) 

### EPIC: Bericht über die Gesundheitsversorgung wohnungsloser Kinder und Jugendlicher

Die European Platform for Investing in Children hat einen Forschungsbericht veröffentlicht, in dem der Zugang wohnungsloser Kinder und Jugendlicher zur Gesundheitsversorgung untersucht sowie Programme zu dessen Verbesserung vorgestellt werden. Der Bericht trägt die Ergebnisse von über 30 wissenschaftlichen Studien über einzelne europäische Staaten, die EU, die OECD und weitere Staaten zusammen. Die Gesundheitsrisiken wohnungsloser Kinder und Jugendlicher werden in allen betrachteten Bereichen als erhöht eingestuft: So haben sie ein höheres Risiko, sich mit Infektionskrankheiten anzustecken, mit Lebensmitteln unterversorgt zu sein, psychische Probleme und Suchtkrankheiten zu entwickeln und Missbrauch zu erleben. Zugangsbarrieren zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung seien fehlende finanzielle Mittel, Stigma und Diskriminierung sowie institutionelle Hürden wie der Versicherungsstatus. Die vorgestellten Projekte zur Verbesserung der Versorgung umfassen Präventionsprogramme und niedrigschwellige medizinische Dienste.

- [EPIC: Homeless children and young people. A review of interventions supporting access to health care services](#) 

### DigiGen: Daten und Empfehlungen zur digitalen Ungleichheit von Kindern und Jugendlichen

Das Forschungsprojekt DigiGen wird vom EU-Programm Horizon 2020 gefördert und widmet sich den Auswirkungen digitaler Transformationen auf Kinder und Jugendlichen. In einem aktuellen Bericht des Projekts werden Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Technologien von Kindern und Jugendlichen dargestellt und politische Empfehlungen abgegeben. Knapp über 5 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der EU lebten in digitaler Deprivation. Dazu zählen Kinder, die in einem Haushalt leben, in dem ein Internetanschluss oder die Kosten für Internetnutzung nicht bezahlt werden können. Die Unterschiede zwischen den europäischen Staaten zeigten sich in diesem Bereich sehr deutlich: So seien 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Rumänien und nur 0,4 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Island von digitaler Deprivation betroffen. Sozioökonomische Risiken für digitale Deprivation seien ein Leben unter der Armutsgrenze, Aufwachsen bei Alleinerziehenden, ein Migrationshintergrund, Aufwachsen bei Eltern mit geringer Bildung und in Familien mit vielen Kindern. Untersucht wurden außerdem die digitalen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im Vergleich und ihr Selbstbewusstsein in Bezug auf die Nutzung digitaler Technologien. Die oberste politische Empfehlung ist es, den

Zugang zu Computern und dem Internet für alle Kinder zu sichern. Der Umgang mit digitaler Technologie müsse außerdem eine Priorität in der Schulbildung werden.

- [DigiGen: Digital diversity across Europe](#)  

### ESPN: Sozialpolitische Reaktionen auf die Coronakrise

Das European Social Policy Network (ESON) hat einen vergleichenden Bericht zu sozialpolitischen Maßnahmen in Reaktion auf die Coronakrise veröffentlicht. Betrachtet werden Maßnahmen zur sozialen Sicherung und Inklusionspolitik der 27 Mitgliedstaaten, Großbritannien und sieben (potenziellen) Beitrittskandidaten. Insgesamt wird eine schnelle politische Reaktion auf die sozialen Folgen der Pandemie festgestellt. Vorübergehende Regelungen von erleichterten Zugangsbedingungen für Sozialleistungen, temporären Erhöhungen bestehender Leistungen und neuen Formen der Kurzarbeit wurden kurzfristig umgesetzt. Die Krisenprogramme hätten jedoch auch auf Lücken der bestehenden Systeme sozialer Sicherung verwiesen: So sei besonders die Unterstützung Selbstständiger eine Herausforderung gewesen, da sie in den etablierten Systemen der Sozialversicherung häufig nicht einbezogen seien. Im Bereich Krankengeld wird das Problem gesehen, dass zu geringe und zu kurze Lohnfortzahlung in einigen Gruppen verhindern, dass Krankheiten auskuriert werden können. Dies sei nicht nur in einer Pandemie, sondern langfristig für den Erhalt der Gesundheit von Arbeitnehmer:innen ein Problem. Die Unterstützung von Familien in der Pandemie wird insgesamt als effektiv beurteilt. Versorgungslücken bestünden vor allem bei Alleinerziehenden und selbstständig arbeitenden Eltern.

- [ESPN: Social protection and inclusion policy responses to the COVID-19 crisis](#) 

### OECD: Vergleichende Berichte zur Bildung weltweit

Die OECD hat ihren globalen Bildungsbericht „Education at a Glance“ für das Jahr 2021 und die vierte Ausgabe ihres Bildungsberichts unter Bedingungen der Pandemie veröffentlicht. Der globale Bildungsbericht zeigt, dass einer von fünf Erwachsenen in den OECD-Staaten keinen Schulabschluss erreicht, der dem Abschluss einer berufsbildenden Schule oder gymnasialen Oberstufe in Deutschland entspricht. Zehn Prozent der schulpflichtigen Kinder in OECD-Staaten gehen nicht regelmäßig in die Schule. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen, die keinen Schulabschluss haben, ist fast doppelt so hoch wie die der jungen Menschen mit Schulabschluss. Ein Migrationshintergrund erhöht die Wahrscheinlichkeit, die Schule ohne Abschluss zu verlassen. Die Studie zeigt außerdem, dass finanzielle Unterstützung den Zugang zu Bildungsangeboten über die Schulpflicht hinaus erhöht. Der Bericht zur Bildung in der Pandemie zeigt, dass Grundschulen zwischen Januar 2020 und Mai 2021 rund 28 Prozent und Oberschulen über 56 Prozent der üblichen Unterrichtszeit geschlossen waren. Die Kriterien für Schulschließungen und Modelle zum hybriden Unterricht variierten zwischen den untersuchten Staaten stark. Die Schließungen wurden in den meisten Fällen mit Online-Unterricht kompensiert und über 70 Prozent der OECD-Staaten haben im Jahr 2021 ihr Bildungsbudget erhöht. Dennoch mahnt der Bericht, die langfristigen Folgen der Pandemie auf die Bildung fortlaufend zu untersuchen.

- [OECD: Education at a Glance 2021](#)
- [OECD: The State of Global Education](#)



## OECD: Politische Empfehlungen für die Wohnungspolitik

Die OECD hat politische Empfehlungen für den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum veröffentlicht. Die Wohnkosten seien im OECD-Durchschnitt zwischen 2005 und 2015 um fünf Prozentpunkte angestiegen; aktuell geben Menschen im OECD-Durchschnitt 31 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aus. Weitere politische Herausforderungen seien die Verstärkung und die Anforderung, nachhaltig zu bauen und zu sanieren. Der Wohnungssektor sei für bedeutende Anteile der globalen Emissionen von Treibhausgasen und Feinstaub verantwortlich. Für die Wohnungspolitik wird die verstärkte öffentliche Investition in sozialen Wohnungsbau empfohlen. In Ballungsräumen solle zudem überprüft werden, ob Bebauungsbeschränkungen zeitgemäß seien oder aufgehoben werden könnten. Die Nachhaltigkeit im Wohnungssektor müsse mit klaren gesetzlichen Regelungen sichergestellt werden. Es wird vorgeschlagen, die anfallenden Kosten mit erhöhten Grund- und Vermögenssteuern zu kompensieren.

➤ [Brick by Brick. Building Better Housing Politics](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. Okt. 2021 Online	<a href="#">UN International Day of Older Persons: Digital Equity for All Ages</a>	UN Department of Economic and Social Affairs
7.-8. Okt. 2021 Online	<a href="#">SELFIE Forum 2021: Empowering schools for learning in the digital age</a>	SELFIE der Europäischen Kommission
11. -12. Okt. 2021 Hybrid: Online / Wien, Österreich	<a href="#">Fundamental Rights Forum 2021</a>	Fundamental Rights Forum, European Agency for Fundamental Rights
12. Okt. 2021 Online	<a href="#">Building peer support to family carers of persons with disabilities</a>	COFACE: European Family Lab Breakfast Bytes
13. Okt. 2021 Online	<a href="#">Recover (Me)ntal" Participatory Lab</a>	European Youth Forum
9. Nov. 2021 Online	<a href="#">The Child Guarantee. Equal Opportunities for Every Child</a>	Slowenische Präsidentschaft des Rates der EU

20. Nov. 2021 Kranj, Slowenien	<a href="#">Internationale Konferenz "Empowering persons with disabilities to fully participate in society by increasing their mobility and accessibility"</a>	Slowenische Präsidentschaft des Rates der EU
22. Nov. 2021 Online	<a href="#">Policy and advocacy session on parent-child relationships in the digital era</a>	COFACE

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
 Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
 E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

